Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 35 | Mittwoch, den 12. Februar 1919 | 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Ganz Rumänien befindet sich im **Aufstande. Beim Beschießen** des **Königspalastes** in Bukarest **wurde der König leicht verletzt.**

•

Zum Reichspräsidenten wurde gestern von der **deutschen Nationalversammlung Ebert gewählt.**

•

Hindenburg reiste gestern Nachmittag von Wilhelmshöhe **nach Kolberg** ab, wo für die nächste Zeit das **Große Hauptquartier** seinen Sitz hat.

•

In Zentrumskreisen wird der Plan erwogen, ein **selbständiges Reichskolonialamt** beizubehalten. In diesem Falle würde an die Spitze des Reichskolonialamtes **Erzberger** treten.

•

Das Zentrum hat an Stelle **Giesberts**, der jetzt Staatssekretär des Reichspostamtes wird, den Abgeordneten **Becker-Arnsberg** als **Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsamtes** vorgeschlagen.

•

Die für Donnerstag angekündigte **Sitzung des Staatsministeriums**, die über die **Einberufung der preußischen Nationalversammlung** Beschluß fassen sollte, ist **vertagt** worden.

Die Wetterecken.

P.S.F. Noch immer sind wir zur Pariser Konferenz nicht zugelassen, noch immer ist vom Frieden nicht die Rede, sondern höchstens von der Waffenstillstandsverlängerung. Schon hört man von neuen, wahnsinnigen Bedingungen, die uns auferlegt werden sollen. Und die uns auferlegt werden, wenn Frankreich nach wie vor die Führung behält. Es gibt aber Bedingungen, die wir nicht aus unserem eigenen Interesse, sondern aus wohlverstandenem Weltinteresse nie und nimmer annehmen dürfen. Wir haben Pflichten nicht nur wider und selbst, sondern wenn wir eine große Nation sind und sein wollen, gegen die Welt. Wir sind verpflichtet an dem Friedenswerk so mitzuarbeiten, daß ein dauernder Friede gewährleistet wird. Dazu gehört, daß wir unsere Lebensinteressen vertreten und wahren, denn **wir wollen den Krieg nicht**, daß wir sie durchsetzen, denn ihre Befriedigung **ist eine Voraussetzung des Weltfriedens.**

Es dürfen keine neuen Wetterecken in Europa geschaffen werden. Der Funken, der Europa in Flammen setzte und nach Amerika hinübergriff, sprang im **Balkan** auf, nun soll eine Wetterecke im Herzen Europas entstehen. Schon kristallisiert sich alles neu. An Stelle des friedlichen Mitteleuropa, von dem Naumann träumte, entsteht ein brodelnder Hexenkessel, der nicht zur Ruhe gebracht werden kann, indem man den Polen weite Teile Deutschlands überantwortet. Denn Polen und Tschechen liegen sich heute schon in den Haaren. Von der Selbstverwaltung durch Jahrhunderte ferngehalten, fehlt ihnen die Schule der Verantwortung und Selbstbeherrschung, die ruhige Würde großer Nationen. Sie sind hoffnungslos dem Größenwahn und der Eroberungswut verfallen. Schon sucht Ungarn Anschluß an Deutschland, um der Slaven Herr zu werden. Ungarn das von der Ukraine, Rumänien, Serbien und den Slowaken von allen Seiten eingeschlossen und bedroht ist, hat keinen anderen Bundesgenossen als Deutschland. Gegen das polnische Selbstbestimmungsrecht ist nichts einzuwenden, aber es liegt im Weltinteresse, daß Polen nicht so groß, sondern so klein wie möglich bleibe. Die Doktrin vom Zugang zum Meere ist im Ernst ja unhaltbar. Danzig etwa in der Hand der Polen ist nicht Gewähr für den Frieden, sondern für einen baldigen Krieg.

Über das andere, wenn man uns herabdrückt auf den Stand einer kleinen Nation, dann brauchen wir die Wetterecken nicht zu fürchten, aber die andern, denn aus den Wetterecken hat noch jede kleine Nation Vorteil gezogen. Wir wollen aber nicht nur unseren Vorteil, sondern den Frieden der Welt, darum können wir mit freier Stirne fordern, daß die deutschen Grenzen im Osten unangetastet bleiben, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, unter Einschluß Deutsch-Oesterreichs, Deutsch-Böhmens, ja sogar des Baltikums seiner historischen Mission erhalten bleibe, Europa vor Asien zu schützen, die Kultur vor dem Bolschewismus zu schirmen, ja die Welt der Slaven der Kultur zuzuführen.

Ebert — Reichspräsident.

Weimar, 11. Februar.

Die Nationalversammlung ist heute überfüllt. Die Regierungsbänke sind gedrängt voll. Auf dem roten Teppich drängen sich die zahlreichen Regierungskommissare um den Präsidententisch, selbst der dritte Rang, die Zuschauertribünen, starren bis an das Dach von Menschen, ein seltener Fall, denn bisher war dieser Rang noch nie bis auf den letzten Platz besucht gewesen. Seit gestern liegt auch eine andere Stimmung über der Versammlung. Die Zeit des kleinlichen Feilschens hinter den Kulissen, der Kuhhandel zwischen den Parteien ist vorbei. Die Regierungsbildung macht rasche Fortschritte. Alle Arbeiten des Hauses scheinen wie beflügelt, würdig der geschichtlichen Bedeutung des Augenblicks, in dem die Augen der Welt auf Weimar gerichtet sind. Nur ungeduldig und mit merkbarer Unruhe hört das Haus heute die zahlreichen Begrüßungsanträge an, mit deren Verlesung die Schriftführer wieder nicht unbeträchtliche Arbeit haben. Dann folgt die

Wahl des Reichspräsidenten.

Die Wahl wird durch Stimmzettel vollzogen. Der Namensruf beginnt mit dem Buchstaben E. Der Zufall will, daß Volksbeauftragter **Ebert** als erster der Aufgerufenen seinen Zettel dem Schriftführer übergibt, der ihn in die Urne legt.

Präsident Dr. David: Meine Damen und Herren! Das Resultat der Wahl ist folgendes: Abgegeben sind 379 Zettel, davon waren ungültig (weiß) 51. Es bleiben also gültige Stimmen 328. Die absolute Mehrheit davon ist 165. Es haben gültige Stimmen erhalten: Ebert 277, Graf Posadowsky 49, Scheidemann 1 und Erzberger 1. (Heiterkeit.) Der Herr Abgeordnete und bisherige Volksbeauftragte Fritz Ebert ist zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt. (Bravo! Zuruf bei den U. Soz.: Friedrich der Einzige!) Ich richte die Frage an ihn, ob er die Wahl annimmt.

Volksbeauftragter Ebert: Herr Präsident, ich nehme die Wahl zum Reichspräsidenten mit Dank an. (Lebhafter Beifall.)

Präsident Dr. David:

Somit hat das Reich **zum ersten Male ein Oberhaupt**, das nach der Art seiner Berufung berechtigt ist, im Namen des Deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln. (Beifall.) Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht. An seiner Stelle steht der **selbstgewählte Führer**. Daß der neue Reichspräsident das Steuer des Staatsschiffes zu führen versteht, hat er in den Monaten des stärksten inner- und außenpolitischen Sturmes bewiesen. Daß die deutsche Revolution nicht dem Beispiel der russischen gefolgt ist, daß sie nicht, wie dort, in ein blutiges Chaos und zur völligen Auflösung von Recht und Ordnung geführt hat, daß sie nicht zur Zerreißung alles politischen und wirtschaftlichen Lebens geführt hat, das ist zum größten Teile das Verdienst des Mannes, den Sie heute an die Spitze des Deutschen Reiches berufen haben. So darf das deutsche Volk das Vertrauen haben, daß es der bewährten politischen Klugheit, Tatkraft und Willensfestigkeit gelingt, auch weiterhin die junge Freiheit zu schützen vor allen Gefahren, die kommen von rechts oder links. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Unruhe bei den unabhängigen Sozialdemokraten). So möge denn die Botschaft hinausdringen in die deutschen Lande: ein volksgewählter Führer ist an die Spitze des Reiches getreten, ein Mann, durchglüht von der Liebe zum deutschen Volke, ein Mann voll tiefen Verständnisses für seine Nöte und Sorgen, für seine Wünsche und Hoffnungen, ein Mann, erfüllt von starkem Willen, seiner Mission gerecht zu werden, die Freiheit zu hüten und den Frieden zu schaffen im Innern und nach außen. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Saale und auf den Tribünen.)

Reichspräsident Ebert:

Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, niemand zu Liebe und niemand zu Leide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der deutschen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde als Beauftragter des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei. (Lebhafter Beifall.) Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meine Herkunft, noch meine Ueberzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Durch meine Wahl haben Sie die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft Deutschlands anerkannt. Jetzt hat das deutsche Volk das Vorrecht der Geburt auf dem Gebiete der Politik restlos beseitigt, und auch auf sozialem Gebiete vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen im Rahmen des Menschenmöglichen den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzuladen. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten, sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet ist, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum Aeußersten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen nach innen und außen. Wir können aber um des Rechts willen nicht dulden, daß man unsere Brüder der Freiheit der Wahl beraubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Aufgebot an Kraft und Hingebung, deren ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege. Ein so hartes Geschick unser Volk auch betroffen hat, an seiner lebendigen Kraft verzweifeln wir nicht. Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen, gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. Und so lassen Sie uns rufen: Das deutsche Vaterland und das deutsche Volk, sie leben hoch!

Das Haus, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokraten, hat sich erhoben und stimmt dreimal in den Hochruf ein. Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen. Mit diesem Höhepunkt schließt die Sitzung. Ebert verläßt das Verhandlungsgebäude, vor dem sich eine gewaltige Menschenmenge angesammelt hat. Hochrufe erklingen, während er in sein Auto steigt und zum Schloß fährt. Drinnen im Saal wird nur noch rasch die Tagesordnung für die nächste Sitzung festgelegt, die erst **Donnerstag** stattfindet. Der heutige Tag ist für die Beratungen der Reichsregierung freigehalten, die in der Donnerstagsitzung durch den Mund des Ministerpräsidenten Scheidemann eine Erklärung abgeben wird.

Die Lebensmittelversorgung in Frage gestellt.

Die Veröffentlichung der Waffenstillstandskommission über das am 8. dieses Monats in Spaa unterzeichnete Lebensmittelabkommen hatte hervorgehoben, daß die Erfüllung des ganzen Abkommens von den Vertretern der alliierten Regierungen ausdrücklich abhängig gemacht wurde von der Annahme und von der Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch auferlegen wollen. Inzwischen ist der Bericht über die Verhandlungen der ebenfalls in Spaa tagenden Unterkommissionen für die Erledigung des Schiffahrtsabkommens eingelaufen. Aus ihm ergibt sich, daß die Entente ihre Bedingungen weiter verschärft, so daß sich bis jetzt keine Einigung hat erzielen lassen. Die mündlichen Verhandlungen sind zunächst abgebrochen worden. Unter diesen Umständen bleiben die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung nach wie vor unsicher.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Die Wehrlosmachung Deutschlands.

Hinsichtlich der Verlängerung des Waffenstillstandes ist die Lage augenblicklich sehr kritisch. Die Regierung beriet in Weimar eingehend darüber, und es ist nicht ausgeschlossen, daß mit Rücksicht auf die von der Entente aufgestellten immerwährenden Verschärfungen deutscherseits erklärt werden muß, daß darauf nicht eingegangen werden könne.

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus in Paris meldet: In Verbindung mit der Frage der Erneuerung des Waffenstillstandes wird es ratsam sein, auf die Meldungen von bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht viel Wert zu legen, da es ja nur Meinungsverschiedenheiten über die Methode und nicht über das Ziel seien, soweit überhaupt Meinungsverschiedenheiten beständen. Alle seien sich darüber einig, daß die Entmilitarisierung Europas eines der wichtigsten Ziele der Friedenskonferenz sei und daß, unter jenem Gesichtspunkte betrachtet, dieser Prozeß in Deutschland seinen Anfang nehmen müsse. Es ehre die Verminderung der Militärmacht Deutschlands